

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Sonnenspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Ursachen des Weltkriegs.

„Das Vaterland ist keine überlebte Idee, der Vaterlandsgebanke verändert und vertieft sich. Ich bin immer überzeugt gewesen, daß das Proletariat in seinem innersten Wesen keine Lehre des nationalen Verzichts, der nationalen Knechtschaft zustimmen kann. Sich gegen den Despotismus der Könige, gegen die Tyrannei der Herrenklasse und des Kapitals empören und sich dabei widerstandslos das Joch der Eroberung, die Herrschaft eines fremden Militarismus auferlegen lassen: das ist ein so kindlich-nüchlicher Widerspruch, daß ihn beim ersten Alarm alle Kräfte des Instinkts und der Vernunft hinwegsetzen müßten.“

Diese Worte des großen französischen Arbeiterführers Jaurès, den die tödliche Kugel eines Werkzeuges der französisch-russischen Kriegstreiber in dem Augenblick niederstreckte, als die friedliebenden Völker Europas diesen gewaltigen versöhnenden Geist am notwendigsten brauchten, bleiben ein dauerndes Vermächtnis für die Klassenbewußten Arbeiter aller Länder. Jaurès hat damit zwar nur einen Gedanken in mußergültige Formen gegossen, der stets Gemeingut der neuzeitlichen Arbeiterbewegung war und bei allen Gelegenheiten von ihren berufenen und anerkannten Führern vertreten worden ist. Die von Jaurès stammende Prägung dieses Gedankens gewinnt aber an Bedeutung dadurch, daß sie entstanden ist in dem großen Kampf, den Jaurès gegen das militaristische System führte, das durch Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit auf die Spitze getrieben wurde, und ferner dadurch, daß unter den großen Männern aller Zeiten kaum einer zu finden ist, dem enggeistige nationalistische Gesinnung ferner lag als eben Jaurès.

Die Gefahr, daß der deutschen Arbeiterklasse zu der Herrschaft des Kapitals auch noch das Joch der Eroberung, die Herrschaft eines fremden Militarismus aufgebürdet würde, war beim Ausbruch des Weltkriegs groß, und sie ist während seiner langen Dauer noch nicht beseitigt worden. Durch den Überfall Italiens auf seine Dreibündnisgenossen hat sie noch eine Steigerung erfahren. Schon die geographische Lage Deutschlands hätte zur Folge, daß ein Sieg der unseren Truppen zahlenmäßig weit überlegenen Heere unserer Feinde zur Zerschmetterung der nationalen Selbständigkeit Deutschlands benützt würde. Die deutsche Arbeiterklasse hat denn auch seit dem Tage, an dem der Krieg zur Tatsache geworden war, in Gemeinschaft mit allen anderen Völkern die Pflicht der Verteidigung anerkannt und wird ihr treubleiben, bis das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind. Sie hätte das zu ihrem eigenen und zum Besten des ganzen deutschen Volkes selbst tun müssen und getan, wenn sie der eigenen Regierung ein größeres Maß von Schuld am Ausbruch des Krieges zuschreiben könnte, als es aus dem geschichtlichen Lauf der Dinge sich ergibt. Denn eine Volksklasse, die danach strebt, Staat und Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen umzubauen, kann sich in großen Schicksalsstunden nicht die Ansicht jenes Bauernjungen zu eigen machen, der erklärte: es geschieht meinem Vater ganz recht, daß mir die Finger erstoren sind, warum hat er mir keine Handschuhe gekauft!

Wenn man sich in den Gang der Ereignisse ein wenig vertieft, so findet man, daß die treibenden Kräfte, die den Weltkrieg heraufbeschworen, zwar auch in gewissen Kreisen innerhalb Deutschlands Unterstützung, aber nicht in Deutschland ihren eigentlichen Nährboden fanden. Mehrere deutsche Schriftsteller, deren Namen in der Arbeiterschaft einen guten Klang haben, sind in den letzten Monaten etwas gründlicher, als es in der Tagespresse möglich ist, der Frage nach den Ursachen des Weltkriegs und den Zielen, die die Gegner Deutschlands verfolgen, nachgegangen. Die Ergebnisse, zu denen sie gelangten, verdienen erstelle Beachtung. Unterführung die vor einiger Zeit im Vormärzverlag erschienene Schrift des Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Lensch: „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ in erster Linie die Rolle, die die englische Weltmacht in den Streitfragen der Staaten spielte, so zieht das soeben von demselben Verlag herausgegebene Buch Dr. Edward Davids* den Rahmen der geschichtlichen Forschung etwas weiter und deckt das ganze Gewebe der Politik der Dreiverbandsmächte in lichtvoller Klarheit auf. Die beiden Schriften verdienen besonders deshalb die Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Arbeiterschaft, weil sie zeigen, was in diesem Weltkrieg für die um ihren sozialen Aufstieg, um ihre geistige und politische Elternbogenfreiheit ringenden deutschen Arbeitermassen auf dem Spiele steht.

Davids Buch das hier kurz gewürdigt werden soll, verfolgt zugleich den Zweck, die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingehend zu begründen. Es enthält eine vorzüglich geordnete Sammlung geschichtlich denkwürdiger Aktenstücke und rückt diese in klare Beleuchtung. Auch von der Stellung der Arbeiterparteien des Auslandes wird ein übersichtliches und erschöpfendes Bild gegeben, aus dem sich für jeden vorurteilslosen Leser ergibt, daß niemand ein Recht hat, gegen die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft den Vorwurf der Preisgabe von Grundfragen oder des Verrats an der Internationale zu richten. So wertvoll diese Abhandlung des Buches auch sind, brauchen sie hier doch nicht des näheren besprochen zu werden. Wenn es trotz der fast einmütigen Meinung, die die parlamentarischen Entscheidungen bei der Arbeiterschaft gefunden haben, noch notwendig sein sollte, diesen Fragen weitere Erörterungen zu widmen, so muß das der Tagespresse überlassen bleiben. Wir ziehen vor, den inhaltreichen Darlegungen Davids uns zuzuwenden, die von den Ursachen des Krieges handeln.

Als die Ur-Ursache der Kriege bezeichnet David den „Kampf um die Futterplätze“. Wie bereits in frühesten Zeiten der Menschheitsgeschichte die über den alten Nahrungsraum hinausgehende Vermehrung die schweißenden Menschenhorden und Stämme zur Ausweitung ihrer Jagd- und Waldbezirke zwang, so ist auch bei den hochentwickelten Völkern und Industrienationen der Drang nach wirtschaftlicher Lebensausweitung die stärkste Kraft, die feindliche Spannungen zwischen den Völkern erzeugt und zu kriegerischen Entladungen treibt. Das breite Geslecht der mit Welthandel, Schifffahrt

und Eroberung von auswärtigen Märkten für Industrieerzeugnisse verknüpften Lebens- und Gewinnzwecke durchdringt das ganze Wirtschaftsleben. Die wirtschaftlichen Völkerverhältnisse werden zwar durch Zoll- und handelsrechtliche Verträge jeweils geschlichtet. Veränderungen der weltbewegenden Kräfte erzeugen aber immer wieder neue wirtschaftspolitische Reibungen, die durch Aneignung kolonialer Absatzgebiete, Meinherrschaft von Absatzmärkten und ähnliche Maßnahmen verstärkt werden. Mit den wirtschaftlichen Machterweiterungsbestrebungen verbinden sich die Wünsche und Ziele besonderer Kriegsinteressenten. Waffen-, Munitions- und sonstige Armeebedarfslieferanten bearbeiten im Verein mit ehrgeizigen Militärs und Kriegsbromantilen die öffentliche Meinung in allen Ländern. So entsteht eine Verbindung von Kräften, Gründen und Zielen mancherlei Art, deren gemeinsames Ergebnis schließlich der Krieg ist.

Dem gegenwärtigen Krieg liegt eine weit zurückreichende Kette von Ursachen zu Grunde. Im Osten hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten der halbasiatische russische Staatskoloss zusammengelagert, der das Ergebnis einer beherrschenden Kauf- und Unterdrückungspolitik ist. Das Ziel der russischen Politik nach Süden war Konstantinopel, das heißt die Verschlagung des Türkenreichs und die Einbeziehung seiner europäischen und asiatischen Teile in das russische Reich. Mit der Teilung Polens wurde Rußland her unmittelbar Nachbar Deutschlands. Von nun an verfolgte die russische Politik das Ziel, Deutschland innerlich schwach zu erhalten, um es desto leichter seinen eigenen Zwecken dienstbar machen zu können. In diesem Bestreben findet es in Frankreich einen Bundesgenossen. Die Auflösung des alten deutschen Reichs, die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich (1803) geschah unter dem Einfluß Rußlands. Nach der Niedertreibung des schließlich auch den russischen Gewaltthabern gefährlich gewordenen Napoleon wurden Preußen und Oesterreich Vasallen des Zaren. Rußland ist fortan der Hort und die Rückenbedeckung der innerdeutschen Reaktion. Bald spinnt sich auch wieder eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich an, die vorübergehende Störungen erfährt. Als sich nach der Gründung des preußisch-deutschen Einheitsstaates mit seiner starken Militärmacht die russischen Nachbarn aus ihrer Protektorstellung in Deutschland hinausgeworfen sahen, und als Deutschland gar mit Hilfe, dem russischen Varen die im türkisch-russischen Kriege erjagte Beute am Bosphorus wieder zu entreißen, wurde das französisch-russische Bündnis enger geschlossen und nahm einen immer bedrohlicheren Charakter für Deutschland an. Die russische Revolution von 1905 führte zwar die junge Bourgeoisie als neue Kraft in die innere Politik Rußlands ein, die äußere Politik aber blieb dieselbe. Wozuf sie abzielte, das hat erst im Mai 1914 der russische Geschichtsschreiber Mitrofanoff in den Preussischen Jahrbüchern offen ausgesprochen: Nur der Besitz des Bosphorus und der Dardanellen, das heißt zugleich der Besitz von Konstantinopel kann Rußlands Bündnisse befriedigen. Das nächste Hindernis, das Rußland hierbei im Wege steht, ist Oesterreich, dessen Balkanwege den russischen zuwiderlaufen. Mit Oesterreich aber steht Deutschland im Bunde. Und so erklärt Mitrofanoff ungeschminkt: „Der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin. Wien ist eine Frage zweiter Ordnung.“

Schmachvoll genug allerdings für Frankreich, daß es sich vom russischen Despotismus zu Vorparangewandern bemühen läßt. Aber die französischen Kapitalisten brachten jahrgelntelang ihre Milliarden in Rußland zu gutem Zins unter und schöpften aus dem Bündnis die Hoffnung, nicht nur Elsch-Vorzügen, sondern das ganze linke Rheinufer mit russischer Hilfe wieder in französischer Besitz zu bringen.

Zu den beiden Landmächten, die Deutschland von Westen und Osten bedrohten, gesellte sich die erste Seemacht der Welt, England. Seit Jahrhunderten haben offene und geheime Vereinbarungen zwischen England und Rußland stattgefunden. Der Einfluß, den sie auf Europa ausübten, ist schon von Karl Marx in folgender Weise gekennzeichnet worden: „Die politische Sklaverei, in der sich das kontinentale Europa gegenüber Rußland befand, wurde veralltündigt durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von England. Die Revolution von 1848 zerschellte in nicht geringerem Maße am Widerstand Rußlands, dieses politischen Despoten Europas, als am Widerstand Englands, dieses Despoten des Weltmarkts.“ Englands Politik verfolgte stets das Ziel, keine Landmacht so stark werden zu lassen, daß sie seiner Oberherrschafft gefährlich werden konnte. Vergeltens aber suchte England die Neuaufriehung eines deutschen Einheitsstaates zu hindern; es fand sich dann mit ihr ab und wurde sogar der stille Bundesgenosse Deutschlands, als Rußlands Vordringen in Asien die indische Nachstellung Englands und die Pläne Rußlands auf Konstantinopel die Stellung Englands am Suezkanal bedrohten. Von dem Zeitpunkt an aber, als Deutschlands starke wirtschaftliche Entwicklung zu einer wachsenden Konkurrenz für England wurde, wendete sich das Blatt wieder. Die englische Welt herrschafft fühlte sich gefährdet. Die gegen Deutschland gerichtete Entkreuzungspolitik begann. Die weltpolitischen Streitpunkte mit Frankreich und Rußland wurden beglichen. Die englisch-französische Entente verknüpfte mit dem französisch-russischen Zweibund zu einem englisch-französisch-russischen Dreiverband, der sich in seiner ganzen Breite gegen Deutschland richtete. Die Versuche, den Dreiverbandspartner Italien hinüberzuziehen, wollten nicht gelingen. Erst als der Brand schließlich entfaßt war, fand Italien den traurigen Ruh zu seinem Treabruh.

Seinen wirtschaftspolitischen Zielen nach war der Dreiverband ein Weltverteilungs syndikat, und wenn vom imperialistischen Eroberungskrieg gesprochen wird, so muß zuerst an die Pläne des Dreiverbands gedacht werden. Zum Teil sind diese Pläne bereits verwirklicht. Frankreich hat sich Indochina, Madagaskar, Tunis und Marokko angeeignet. Rußland hat die mittelasiatischen Steppenländer, die Nordmandschurei, die Mongolei und Nordpersien in seine Einflußsphäre gezogen. England hat Ägypten mit dem Sudan, die Gebiete der Somali, Zulul, Afghanti, die Bundesrepubliken, Ober-Sibiria und Tibet seinem Reich eingefügt. Es hängt wie John, sagt David treffend, wenn dieselben Mächte, die fortgesetzt große Völker und ungeheure Ländergebiete verschlungen haben, sich nun als die Beschüher der „Völkerfreiheit“ gegen die „Eroberungslust“ Deutschlands vorstellen,

Abgesehen von seinen Kolonialerwerbungen hat die deutsche Ausweitungspolitik nur Forderungen der wirtschaftlichen Gleichberechtigung gemäß dem Grundsatz der „offenen Tür“ erhoben. Die Betätigung deutschen Kapitals in Kleinasien lief nicht auf die Festlegung der nationalen Selbständigkeit der Türkei, sondern auf deren Erhaltung hinaus, was durch die Wiederaufriehung der türkischen Weltmacht mit deutscher Hilfe bewiesen wird. Gewiß geschieht das nicht aus idealen, sondern aus materiellen Beweggründen. Aber gegen die Hineinziehung immer weiterer Gebiete in die moderne Wirtschaftsentwicklung, wie sie Deutschland mit seinem auch von Bebel geförderten Bagdadbahnunternehmen bezweckte, läßt sich kein vernünftiger Einwand erheben. Anders steht es mit den Aufstellungsplänen des Dreiverbands. Mit der Verwirklichung dieser Pläne wären aber die Mächte des Dreiverbands noch lange nicht zufrieden. Wirtschaftlich eingeschürt soll Deutschland werden durch Verewigung der englischen Weltmarktsdespotie. Politisch soll die Sklaverei, die Rußland über Europa nach dem Französischen Worte verhängt hatte, erneuert und besiegelt werden. Dazu die Festlegung des deutschen Gebiets, die mit einer Niederlage Deutschlands ohne Zweifel verbunden wäre. Gegenüber diesen planmäßigen Vorberreitungen zu einem großen Schlag gegen Deutschland kommt den in Sarajewo abgegebenen Schüssen eines fanatisierten Werkzeugs der serbisch-russischen Kriegsheter nur die Bedeutung eines Signals zu. Der Zeitpunkt war gekommen zum Loschlagen.

Man wird David nicht nur darin zustimmen müssen, daß die Entwicklung der europäischen Mächtegruppierung zeigt, wie sehr letzten Endes in den Herrschafts- und Eroberungsplänen des Dreiverbands die Ursachen des Krieges liegen, sondern auch in der Feststellung: „Wenn je ein Volk sagen dürfte, daß es sich um einen nationalen Verteidigungskampf für es handle, so das deutsche in diesem Ringen gegen eine Welt von Feinden um die Sicherung seiner ganzen politischen und kulturellen Gegenwart und Zukunft.“

Da die Arbeiterschaft diesen Krieg nicht verhindern konnte, muß sie angesichts der furchtbaren Gefahr alles aufbieten, um die Niederlage zu verhindern. Diesen Gebanten scharf und beweiskräftig herausgearbeitet zu haben, ist eines der größten Verdienste der Davidschen Schrift.

Unsere Lohnkämpfe im Jahre 1914.

Die wirtschaftlichen Kämpfe im Jahre 1914 standen ebenso wie die des Jahres 1913 noch unter dem Zeichen der allgemeinen Wirtschaftskrisis. Mehr noch als in den Jahren vorher wurden die Metallarbeiter durch die Unternehmer zur Abwehr von Verschlechterungen gedrängt. Um die Mitte des Jahres hatte es den Anschein, als sollten sich die Verhältnisse im Wirtschaftsalben bessern. Der Geschäftsgang belebte sich in einer ganzen Reihe von Betrieben der Metallindustrie. Als Folge davon war eine größere Anzahl von Bewegungen zu verzeichnen, durch die die bestehenden Lohnverhältnisse gebessert oder gegen Verschlechterungen durch die Unternehmer geschützt werden sollten. Einem großen Teil dieser im Juni und Juli des Jahres 1914 in Angriff genommenen Bewegungen bereitete der Anfang August ausgebrochene Weltkrieg ein unerwartet vorzeitiges und meist vollständig erfolgloses Ende. Das teilweise oder gänzliche Stilllegen vieler Betriebe, die gewaltig einsetzende Arbeitslosigkeit und das Auseinanderreißen der in den Bewegungen stehenden Arbeiter durch die Mobilisierung verbot ein Weiterkämpfen unter diesen Umständen. 36 Streiks und Lohnbewegungen mit 1557 Beteiligten wurden wegen Kriegsausbruch abgebrochen.

Für die Berichterstattung kommen eigentlich nur 7 Monate in Betracht, da nach Ausbruch des Krieges nur verhältnismäßig wenig Bewegungen geführt wurden. Die Zahl der Kämpfe und Teilnehmer bleibt schon deshalb weit hinter den Zahlen der Vorjahre zurück. In der Hauptsache waren die Kämpfe im Berichtsjahr nur von kleinerem Umfang, die Kämpfe mit größerer Zahl von Beteiligten blieben fast ganz aus. Unter den Bewegungen mit Arbeitseinstellung treten nur die Auspeerrung in der Gussstahlfabrik Döhlitz bei Dresden mit 1122 Ausgesperrten und der Abwehrstreik in den Linke-Sofmann-Werken in Breslau mit 4500 Beteiligten besonders hervor. Der Breslauer Kampf mußte als Abwehrstreik bezeichnet werden, trotzdem wohl der größte Teil der daran Beteiligten sich als ausgepeerrt betrachteten konnte. Die ersten Tage und Wochen dieses Kampfes brachten fortgesetzt neue Arbeitsniederlegungen und Auspeerrungen in den einzelnen Abteilungen des Betriebes. Ein genaues Auseinanderhalten von Streikenden und Ausgesperrten erwies sich als unmöglich und deshalb mußte dieser Kampf nach der Art seines ersten Ausbruchs als Abwehrstreik bezeichnet werden. Da er nach der Anzahl der Beteiligten, wie auch nach seiner Dauer (189 Tage) der gewaltigste Kampf des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Berichtsjahr war, sind durch ihn die für die Abwehrstreiks berechneten Beteiligungszahlen und Kostenbeträge wesentlich beeinflusst zugunsten der Auspeerrungen, bei denen im Vergleich zu früheren Jahren mit geringen Teilnehmerzahlen und Kosten zu rechnen war.

Im Jahre 1914 fanden in 284 Orten 667 Bewegungen aller Art statt, die 3154 Betriebe mit 196 120 Beschäftigten erfaßten. In den Bewegungen waren 58 296 männliche und 2663 weibliche Personen, zusammen 60 959 Personen beteiligt.

Art der Bewegungen	Zahl der					
	Bewegungen	Orte	Beteiligte	Beschäftigte Personen	Streikenden, Ausgesperrten	Organisierten in Metallarbeiter-Verband
Abwehrstreiks	95	79	126	26 658	8 768	1964
Auspeerrungen	18	16	44	3 529	1 965	508
Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:						
Angriff	818	170	2199	96 621	80 198	19870
Abwehr	174	71	306	61 817	17 297	10615
Zusammen	667	284	3154	196 120	60 959	6891

*Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. Von Dr. Edward David, Mitglied des Reichstags. Verlag Buchhandlung Bornhardt, Paul Singer & Co. m. b. H. 192 Seiten. Preis 2 M.

Entsprechende Anträge sind beim zuständigen Versicherungsamt zu stellen. Das vorbereitende Verfahren ist in der Regel den Gemeindebehörden übertragen; es ist zweckmäßig, die Anträge zunächst bei dieser Stelle anzubringen.

Bei der Angestelltenversicherung wird die Hälfte der eingezahlten Beiträge zurückerstattet. Anträge sind beim Rentenausschuß zu stellen.

Unser Verband in der 43. Kriegswoche.

Für die Zeit vom 23. bis zum 29. Mai haben 418 Verwaltungstellen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit berichtet. Von 22 Verwaltungsorten fehlen die Berichte, und zwar von Neustrelitz, Glogau, Fürstenberg, Werka, Einbeck, Gardelegen, Gotha, Göttingen, Koburg, Tangermünde, Schleswig, Münster, Gießen, Koblenz, Weh, Crailsheim, Ebingen, Lörrach, St. Georgen, Singen, Kullmbach und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 23. bis zum 29. Mai 1915.

Table with columns: Bezirk, Verwaltungstellen, Mitgliederzahl zu Anfang, Mitgliederabgang, Davon zum Militär, Mitgliederzahl am Schluß, Davon arbeitslos, In Prozent, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Rows 1-11 and summary row.

Die Aufstellung ergibt im Vergleich mit der Vorwoche, außer dem üblichen Abgang durch die Einberufungen zum Heeresdienst, keine größeren Veränderungen. Der Mitgliederstand der berichtenden Orte betrug bei Beginn, einschließlic der 1323 im Laufe der Berichtswoche Hingekommenen 286522. Abgegangen sind zusammen 3418, wovon allein auf die zum Heeresdienst Einberufenen 2070 entfallen.

Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind von 12625 M in der Vorwoche auf 10765 M zurückgegangen. Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Table with columns: Berichtswochen, Verwaltungstellen, Mitgliederzahl zu Anfang, Mitgliederabgang, Davon zum Militär, Mitgliederzahl am Schluß, Davon arbeitslos, In Prozent, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Rows 1. August 1914 to 43. 23. 5. 29. 5. 15.

Seit 1. August 1914 bis Ende Mai 1915 sind 238713 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen worden. In der gleichen Zeit wurden 5270952 M für Arbeitslosenunterstützung bezahlt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geordnete Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 20. Juni der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. Juni 1915 fällig ist.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rößelstraße 16a zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rößelstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte.

Werftarbeiter.

Hamburg. Keine Teuerungszulage für die Hamburger Werftarbeiter. Durch die Teuerung in den letzten Monaten, besonders durch das gewaltige Emporschnellen der Preise der für die unteren Volksschichten notwendigen Lebensmittel, ist die Frage der Gewährung einer Teuerungszulage immer dringender geworden. Auch die Werftarbeiter haben sich in den einzelnen Betriebsversammlungen mit der Frage beschäftigt und ihre Arbeiterversammlungen über die besonders hierzu gewählten Abordnungen beauftragt, den einzelnen Werften die Wünsche der Arbeiterschaft auf Gewährung einer Teuerungszulage zu unterbreiten. Wer aber glaubte, daß die kapitalkräftigen Werftbesitzer den berechtigten Wünschen der Arbeiter nur einigermaßen erfüllen würden, wurde durch die Behandlung, die einzelne Werftbesitzer den Vertretern der Arbeiter zuteil werden ließen, und auch durch die mit allerlei Ausreden begründete ablehnende Haltung der übrigen Werften sehr enttäuscht. Es behielten die Recht, die sagten: „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die Werftbesitzer auch nur im entferntesten den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft entgegenkommen zeigen, es sei denn, daß es ihnen durch Kampf abgetrotzt wird.“ Wie man die Vertreter der Arbeiter behandelte, dafür wußten wir die Anweisungen des Herrn Diplomingenieurs Dr. Hermann Blohm wiederzugeben. Die Vertreter der Arbeiterschaft hatten sich bei ihm zur Verhandlung anmelden lassen. Ohne eine Ausführung der Arbeiter...

handlung anmelden lassen. Ohne eine Ausführung der Arbeiter... Herr Blohm an: „Nun Sie wollen eine Teuerungszulage haben, Ihre Kollegen von den anderen Werften sind schon vorstellig geworden und so müssen Sie ja auch kommen. Sie wissen doch, daß wir jetzt in einem schweren Krieg sind und da muß man sich einschränken. Wir müssen uns alle einschränken. Ihnen geht es hier viel zu gut. Sie können froh sein, daß Sie reklamiert sind und nicht im Schlingensiefel herumliegen brauchen. Es geht Ihnen so gut, daß es reiner Uebermut ist, wenn Sie eine Teuerungszulage haben wollen. Und es wäre wahrhaftig eine Schande, wenn man Ihnen noch Teuerungszulage geben wollte, wo es so viel Menschen gibt, die noch mit viel weniger auskommen müssen.“ Als die Arbeitervertreter eintraten, daß man doch bei den heutigen Teuerungsverhältnissen nicht von Uebermut reden könne, wenn die Arbeiter ihren schwer belasteten Haushalt durch erhöhte Einnahme einigermaßen ins Gleichgewicht bringen wollen, erklärte Herr Blohm weiter: „Was ist es denn, ist es vielleicht Hunger? Sie sehen gar nicht aus, als wenn Sie Hunger leiden müßten. Ich sage Ihnen noch einmal, daß es weiter nichts als reiner Uebermut ist, wenn Sie noch Zulage haben wollen und es wäre eine Schande, wenn man sie Ihnen geben würde, wo so viel Leute noch mit viel weniger auskommen müssen. So, — es freut mich, Sie gesehen zu haben, für mich ist die Sache hiermit erledigt.“ Auch Herr Eduard Blohm glaubte, zu den die Arbeiter tief kränkelnden Reden des Herrn Dr. Blohm seinen Senf geben zu müssen, indem er erklärte, daß jetzt so viele Tischler, Maler und sonstige Berufe auf der Strassenbahn für 25 M die Woche fahren müßten. Dagegen hätten die Arbeiter doch bei Blohm noch ein ganz gutes Auskommen. Mehr als durch die Verteilungen des Herrn Dr. Blohm kann die Arbeiterschaft wahrhaftig nicht verhöhnt werden. Wie muß es da einem Familienvater zu Mute sein, dem es unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr möglich ist, die ihm und seiner Familie zustehende Protration zu kaufen. Es gibt ein altes Sprichwort: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“ Herr Blohm kann sich freuen, daß wir zurzeit unter Verhältnissen leben, die es der Arbeiterschaft nicht gestatten, die richtige Antwort auf seine Anrede zu geben. Jedoch, die Zeit wird kommen, wo die Arbeiter sich wieder freier bewegen können, dann wird sie nicht vergessen, Herrn Dr. Blohm die gebührende Antwort zu geben. — Die Verhandlung mit der Vulkan-Werft bewegte sich in etwas besserem Tone. Allerdings hat man auch hier eine „Begründung“ zur Ablehnung gefunden, die die Arbeiterschaft unter keinen Umständen anerkennen vermag. Die Direktion berief sich darauf, daß die Verdienste für das vierte Vierteljahr 1914 und erste Vierteljahr 1915 gegenüberstellte und nachzuweisen versuchte, daß in letzterem die Gesamtverdienste der Arbeiter höher waren als im ersteren, ferner, daß durch die außerordentlich gute Geschäftslage zurzeit sich noch eine höhere Verdienstmöglichkeit ergäbe, daß durch, daß jedem Arbeiter Gelegenheit gegeben ist, Ueberzeit-, Nacht- und Sonntagsarbeit zu verrichten, für die doch auch Zuschläge gezahlt werden. Auch berief sich die Direktion darauf, daß sie bis jetzt den Familien ihrer im Felde stehenden Arbeiter, wenn sie vor ihrer Einberufung zum Kriegsdienst mindestens drei Monate auf der Werft beschäftigt waren, einen Zuschuß zur Reichs- und Gemeindeunterstützung zahle, der jeberfalls bis zur Beendigung des Krieges weitergezahlt wird. Was nun die Erhöhung der Verdienste betrifft, so liegt es nicht so, wie die Firma es hinstellen versucht. Wir wollen nicht bestritten, daß eine Verdiensterhöhung nicht stattgefunden hat, aber nur in der Weise, daß für Neueingestellte nach einer kürzeren Zeit die Löhne mit einem geringen Zuschlag erhöht wurden, zu dem ausgeprochenen Zweck, sie für die Werft zu halten, da seit Monaten ein Mangel an Arbeitern aller Art herrscht. Auf die Verdienstmöglichkeit bei Ueber- und Nachstunden hätte die Firma nicht hinweisen sollen, hat sie doch während der Zeit des Krieges die Zuschläge für Ueber- und Nachstunden von 50 auf 25 Prozent herabgesetzt, was einer Verschlechterung und nicht einer Verdiensterhöhung gleichkommt. Daß die Firma an Angehörige der im Felde stehenden Arbeiter Unterstützung zahlt, ist von der gesamten Arbeiterschaft als ein Entgegenkommen anerkannt worden. Aber dabei ist doch zu bedenken, daß die Firma meistens Staatsaufträge hat, die außerordentlich gut bezahlt werden, wofür der Abschluß für das Geschäftsjahr 1914 den besten Beweis liefert, da er einen Reingewinn von über 2 Millionen Mark aufweist. — Die Reichertieg-Werft hat ihren Arbeitern zwar auch keine Teuerungszulage gewährt, sie kam aber den Wünschen der Arbeiter in der Weise nach, daß sie die Lohnsätze und Abfordrungen, die sie bei Ausbruch des Krieges vorgenommen hatte, wieder aufhob und die Löhne auf die alten Sätze erhöhte, ferner eine 14tägige Abfordrungsabzahlung einführte. Wer die Abfordrungsverhältnisse auf den Werften kennt, weiß, daß gerade dieses Entgegenkommen der Reichertieg-Werft besonders geschätzt werden kann. Die langfristigen Abfordrungen der Werften haben zur Folge, daß die Arbeiter mit dem Stundenlohn, der zwischen 42 und 52 M die Woche schwankt, am Wochenschluß nach Hause gehen muß. Daß eine Familie mit einem so geringen Einkommen nicht auskommen vermag, braucht nicht bewiesen zu werden. Was bleibt dem Arbeiter übrig? Er macht auf das ihm in Aussicht stehende Abfordergeld Schulden beim Hauswirt, beim Krämer und Wäder. In Hunderten von Fällen kommt es vor, daß eine Fertigstellung des Abforders nicht erfolgen kann, sei es durch Mangel an Rohstoffen, Abänderungen der Zeichnungen oder dergleichen Dingen. Der Arbeiter ist gezwungen, einen neuen Abford anzufangen, eine Abrechnung des beinahe fertiggestellten Abforders erfolgt vor gänzlicher Fertigstellung nicht, alle Hoffnungen auf den verdienten Abfordlohn sind auf Wochen wieder dahin. Ein Aufgeben der Arbeit ist ebenfalls nicht möglich, da nach den gegen die guten Sitten verstoßenden Arbeitsordnungen der Werften dem Arbeiter der bereits verdiente Abfordlohn vorenthalten wird, wenn er freiwillig die Arbeit aufgibt. Nach diesen für die Werftarbeiter geradezu bedrückenden Wirkungen eines erbärmlichen Abfordersystems ist das Entgegenkommen der Reichertieg-Werft für die Dauer des Krieges und bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen nur zu begrüßen. — Die übrigen Werften lehnten die Teuerungszulage ab mit der Begründung, daß die Rohstoffe bis zu 700 Prozent gestiegen sind und zu erwarten sei, daß in kürzester Zeit ein Schließung des einen oder anderen Betriebes erfolgen wird. — Das Ergebnis der Bemühungen um eine Teuerungszulage für die Werftarbeiter ist im großen ganzen ist also, daß man nichts übrig hat. Daß aber den Herren Werftbesitzern das Bewußtsein schon schlägt, in der sicheren Ahnung, daß die gebührende Antwort der Werftarbeiter zu gegebener Zeit zu erwarten ist, beweist der Umstand, daß Herr Richter, die sogenannte „rechte Hand“ des Herrn Dr. Blohm, den Vorstand der „Selben“ oder „Wirtschaftsfriedlichen“, wie sie sich nennen, zu sich berief, um ihm auseinanderzusetzen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, ihre Reihen zu stärken, um bei späteren Reichstags- und Bürgerschaftswahlen die Sozialdemokraten zu Fall zu bringen. Wir halten Herrn Richter für klug genug, zu wissen, welche Stärke die Sozialdemokratie in Hamburg besitzt. Was er bezwecken will, ist einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben, um durch deren Uneinigkeit in späteren Zeiten wirtschaftliche Kämpfe gegen die Werftgewaltigen unterbinden zu können. Zum Beweise für den Hohn, den man den Arbeitern dadurch zuteil werden ließ, daß man jagte, zurzeit bestehe keine Teuerung, berufen wir uns auf Nr. 19 der Deutschen Arbeitgebezeitung vom 9. Mai dieses Jahres, die eine Teuerung anerkennt, jedoch nachzuweisen versucht, daß sie auf künstliche Machenschaften und skrupellose Spekulationslust des Zwischenhandels zurückzuführen sei. Unter besonderer Beweisführung wird in der Arbeitgebezeitung auf die Feststellung einer rheinischen Stadt Bezug genommen, daß der Zentner Kartoffeln seit August vorigen Jahres von 3,50 M auf 9 M gestiegen sei, ferner, daß es schwer ersichtlich ist, warum der Zuckerpreis beständig erhöht wird, während wir doch über einen gewaltigen Reichtum dieses Lebensmittels in Deutschland verfügen. Gleichzeitig entspricht es nicht den tatsächlichen Verhältnissen, daß eine Preissteigerung von 50 bis 70 Prozent, heute schon 100 Prozent, für Lebensmittel zum Beispiel für Stiefelsohlen, eingetretten ist. Wenn auch anerkannt werden muß, daß der starke Verbrauch von Leder eine gewisse Preissteigerung hervorgerufen mußte, so entspricht eine derartige Preissteigerung doch nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Im Gegensatz zum Handel hätten Industrie und Handwerk ihre Schuldigkeit in

der durch den Krieg hervorgerufenen Umwälzung der Verhältnisse getan, indem sie sich in allgemein anerkannter Weise den Zeitverhältnissen an- und untergeordnet haben, was von allen Seiten gelobt werde. Dagegen habe sich erwiesen, daß der Zwischenhandel, und zwar ebenso der Groß- wie der Kleinhandel, ohne scharfes Eingreifen der Behörden seine wirtschaftlichen Funktionen nicht in einer für das Gemeinwohl befriedigenden Weise ausüben vermag. Die bestehende Teuerung, die mindestens zum größten Teile eine künstliche, nicht notwendige Teuerung sei, wacke zu einer schweren Gefahr an. Nach diesem Bekenntnis der Arbeitgebezeitung hätte man den Wünschen der Werftarbeiter mehr Entgegenkommen zeigen müssen. Der Zweck des Artikels der Arbeitgebezeitung ist natürlich, die Aufmerksamkeit von den Unternehmern abzulenken. Sie sagt, unter Hinweis auf die obwaltenden Verhältnisse werden die Unternehmer von den Arbeiterorganisationen um Teuerungszulagen dringend ersucht. Da die geforderten Lohnerhöhungen sich als Schraube ohne Ende erwiesen und auch wenig geeignet wären, die Uebelstände zu beseitigen, müßte die Sache am anderen Ende angefaßt werden. Also, nicht die Unternehmer sind um Erhöhung der Löhne anzugehen, sondern die Arbeiterschaft möge sich an die öffentlichen Gewalten wenden, um dem rufschändlichen Handel das Handwerk zu legen. Wenn wir uns auf die Arbeitgebezeitung beziehen haben als Zeuge für die Teuerung, so nicht deshalb, weil man gerade in den Beweis notwendig wäre, sondern deshalb, weil man gerade in den der Arbeitgebezeitung sehr nahestehenden Kreisen eine Teuerung zu leugnen versucht. Die Ermahnung, sich nicht an die Unternehmer zu wenden, beweist, daß man im ganzen Lager der Unternehmer sich ablehnend zu einer Teuerungszulage verhält. Der Beweis ist also auch hier wieder erbracht, daß die Arbeiterschaft ihre Lebenslage durch Kampf zu verbessern bestrebt sein muß. Da aber der einzelne im Kampfe gegen eine derartige geschlossene Reihe, wie sie die Unternehmer bilden, machtlos ist, gibt es nur eine Lösung: Zusammenfassung der Arbeiter in festgefügt organisierten Organisationen.

Rundschau.

Der Hungerkrieg.

Darüber schreibt die Bergarbeiter-Zeitung in Nr. 24: Der uns umtobende Weltkrieg wird besonders charakterisiert durch das Bestreben, Deutschland wenn nicht durch Waffengewalt, dann durch die Abschneidung der Lebensmittelfuhr zu übermächtigen. Ein Volk von fast 70 Millionen Köpfen soll systematisch ausgehungert werden, ganz Deutschland soll ein riesiges „Konzentrationslager“ sein, in welchem auch viele Millionen Kinder und Frauen den Hungertod erleiden sollen, damit auf diese „hochzivilisierte“ Weise das, was man trotz aller buntschiedigen Hilfsvölker nicht erreichen kann, nämlich die Herabsetzung unserer Wehrkraft, dem „Marshall Hunger“ gelinge. Ein grauenhafter Plan! Tief erbitternd, weil noch dazu die verantwortlichen Mäneschmieder ihre sanitarisierten Nachläufer mit frömmelndem Augenwischeln versichern, dieser fürchterliche Hungerkrieg gegen Millionen Kinder und Frauen sei ein „Gottesgericht über die Barbaren“. Barbarischer kann nichts sein als diese kaltblütig ersonnene, systematisch vorbereitete Absperrung eines ganzen Volkes von der Lebensmittelfuhr! Daneben verlassen nach unserem Empfinden selbst die fürchterlichsten Schlachtengreuel, dem sie gesehen in Stunden unbefriedigter Erregung. Wir verstehen die Haltung der britischen Arbeiter so weit, als sie sich mit der Waffe in der Hand den deutschen Soldaten entgegenstellen, aber wir werden nie begreifen, warum sie ihren nicht geringen Einfluß, der jetzt auch durch die Berufung zweier Arbeiterführer (Brace und Henderson) in das Ministerium dokumentiert wird, nicht für die Einstufung wenigstens des Hungerkrieges geltend machen. Daß man die Kinder und Frauen des besiegten Volkes einem elenden Hungertode zutreiben will, um so die militärische Widerstandskraft des Gegners zu brechen, das schon widerspricht mit schneidendstem Hohn den zu uns herüberhallenden Phrasen von dem „Krieg für die heiligsten Kulturgüter“.

Glücklicherweise wachsen auch die Räume der Hungerkriegsstrategen nicht in den Himmel. Unser Nahrungsmittelvorrat reicht dank der sparsamen Haushaltung gut aus und in wenig Wochen erhalten wir die neue Ernte. Es ist müßig, jetzt auf das zurückzukommen, was vor und während dem Kriege hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung und -verteilung verpaßt ist. Es hat sich zweifellos herausgestellt, daß die Nahrungsmittelversorgung und -verteilung nicht mehr ausschlaggebend vom privatwirtschaftlichen Standpunkt beurteilt werden darf, sondern sie muß als eine eminent nationale Angelegenheit behandelt werden. Tausenderlei Interessen hat die Regierung zu berücksichtigen, wenn sie die Sicherung der Volksernährung gewährleisten soll, ohne dem privatwirtschaftlichen System der Erzeugung, Preisgestaltung und Verteilung grundsätzlich zu Leibe zu gehen. Es gibt sehr einflussreiche Produzenten- und Händlerkreise, denen schon die gegenwärtigen Einschränkungen ihrer „Aktionsfreiheit“ als „Abkehr zum Sozialismus“ erscheinen und die deshalb gegen durchgreifende, im weiteren Verlauf des Krieges unbedingt notwendig werdende „Kriegssozialistische“ Maßnahmen zum Zwecke der Sicherung der Volksernährung Sturm laufen. Daß dagegen die verantwortlichen Regierungsstellen keinen leichten Stand haben, daß sie infolge dessen auch manche halbe oder gar zweifelhafte Anordnung treffen, wer wollte sich darüber wundern? Auch die Minister sind keine Uebermenschen und was sich in jahrhundertelanger Praxis eingelebt hat, das ist auch nicht in zehnmonatiger schwerer Kriegszeit zu überwinden.

Die Regierung darf aber nicht verkennen, daß nunmehr, wo durch das Eingreifen Italiens der Abschluß des Krieges auf vor weß wie lange Zeit hinausgeschoben ist, die bisherigen Vorkehrungen für die sachgemäße Volksernährung bei weitem nicht ausreichen. Vertreter fast aller politischen Parteien haben mit größter Schärfe die antinationale Gewinnsucht, die auf den Lebensmittelmärkten wahre Orgien feiert, gegeißelt. Man kann ruhig behaupten, daß der innere Hungerkrieg, den die Leiber nicht kleine Sippschaft der Nahrungsmittelwucherer organisiert hat, unsere unermittelte, schwer arbeitende Bevölkerung mehr erbittet und ihre wirtschaftliche Lage mehr verschlechtert, als die Absperrung unseres Vaterlandes von der überseeischen Nahrungszufuhr durch die feindlichen Flotten. Wer in dieser ungeheuer schweren Zeit den eigenen Volksgenossen die Nahrung aus reiner Gewinnlust verweigert, handelt in der Tat schlimmer an ihnen als jeder ausländische Feind.

Der barbarische Hungerkrieg der „Kulturbringer“ wird ganz bestimmt miflingen, wenn bei uns regierungstreu keine Rücksicht genommen wird auf jene Kreise, die freiwillig nicht auf Kriegsgewinne verzichten wollen. Diese Rücksichtslosigkeit wird der Regierung von den breitesten Volksmassen sicher als eine vaterländische Tat angerechnet werden.

Gewerkschaftliches.

Kupferindustrie. Der in der vorigen Nummer abgedruckte Auszug aus dem Rechenschaftsbericht des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands enthält einen Fehler. In den letzten Zeilen des ersten Absatzes ausgeführten Unterstützungen an die Familien der Kriegsteilnehmer im Betrage von 9 und 2 M wurden nicht wöchentlich ausbezahlt, sondern monatlich.

Arbeiter-Verficherung.

Der Sterbegeldanspruch des Kriegers an die Krankenkassen. Der Schriftführer J. Mar am 5. August 1914 zur Fahne einberufen worden. Bis dahin war er Mitglied der Ortskrankenkasse für graphische Gewerbe in Magdeburg.

Die Volkspflege während des Krieges.

Der Vorstand der Volkspflege mußte besonders im Interesse der Versicherten bei Ausbruch des Krieges Wert darauf legen, die Einkassierung der fälligen Prämien ungehindert weiterführen zu können, damit keine Versicherungen wegen Nichtweiterzahlung der Prämien zum Verfall kommen konnten.

Die Belegung der Gelder der Volkspflege.

Die Verwaltung muß die gesekmäßig für die Versicherten zur Verfügung zu haltenden Gelder (Prämienreserven usw.) sicherstellen und ist dabei verpflichtet, nach dem vom Kaiserlichen Ausschussamt für Privatversicherung aufgestellten Grundriss zu verfahren.

Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer.

Der Hauptauschuß der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung „Bäder- und Anstaltsfürsorge“, schickte uns folgendes:

In der Öffentlichkeit ist bisher über alle Maßnahmen zur Fürsorge für die ver wundeten und kranken Kriegsteilnehmer eingehend berichtet worden. Nur einer wichtigen Arbeit wurde bisher wenig gedacht: Der endgültigen Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erkrankter und verwundeter Kriegsteilnehmer durch Bäder- und Anstaltsfürsorge, wie sie die Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz nach einem großangelegten Plane anstrebt.

Gewiß hat das Militärmedizinwesen sorgfältige Anordnungen getroffen, in welcher Weise mit den aktiven kranken und verwundeten Kriegsteilnehmern während der Behandlung in den Lazaretten zu verfahren ist. Besonders sollen auch für den Fall, daß eine Spezialbehandlung erforderlich ist, neben den medico-mechanischen und orthopädischen Behandlungsmethoden Bäder- und Braumentwässerung eingelegt werden.

Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es besonders nach dem Friedensschlusse eine große Aufgabe sein wird, für die aus dem Heeresverband entlassenen (inaktiven) Kriegsteilnehmer alle jene Einrichtungen zu schaffen, die auch ihnen die wertvollsten Schätze unserer Heilbäder, Kurbäder und orthopädischen Heilanstalten in weitestem Umfange zugänglich machen. Unter den Millionen der Kriegsteilnehmer werden sich Hunderttausende von Männern befinden, denen erst eine Kur oder sonstige Nachbehandlung die erforderliche Kräftigung für den Wiedereintritt in das Berufsleben schaffen muß.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat diesen Gedanken zuerst in die Tat umgesetzt gesucht und in einer besonderen Abteilung, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Ärzten, Parlamentariern aller Parteien usw. auch bekannte Führer der Arbeiterbewegung angehören, die eingehendsten Vorbereitungen getroffen zur Lösung dieser kaiserlichen Aufgabe, bei der auch das Reich judicial miteinwirken wird.

Dieser neue, umfassend organisierte Zweig der sozialen Kriegswohlfahrtsbewegung wird unseren tapferen Kämpfern nicht nur Gesundheit und Lebensfreude bringen, sondern sie als vollwertige und arbeitsfähige Glieder unserer Volksgemeinschaft erheben.

Deutscher Krieger-Vereinsband.

Unter diesem Namen hat sich eine Vereinigung mit dem Sitz in Berlin SW. 68, Kochstraße 6/7, gebildet. Ihr Zweck ist die Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden kriegsunfähigen und erkrankten Krieger durch Gewährung von kurzen Bädern. Der Vereinsband will in allen Teilen des Reiches Ortsgruppen errichten, die die notwendige Verteilung der eingezogenen Spenden übernehmen sollen; auch ist, soweit es möglich, eine Anleihe von Geldern zur Beschaffung von Bädern für die kriegsunfähigen Krieger beabsichtigt. Die Hauptamtsstelle für Gelder ist bei der Deutschen Post, Depositenkasse H, Berlin SW. 19, Straßburgerstraße 23/25. Persönlich und in Briefen sind nur an die obgenannte Geschäftsstelle zu richten. Geschäftsleiter: Dr. Generalleutnant z. D. Freiherr v. Steiner.

Vom Ausland.

Nach Rommels hat unter einer Forderung zu stehen, die nicht zum mindesten verlangt ist durch die Paragrafen, die England auf die nicht am Krieg beteiligten Länder ausstreckt. Einige Abteilungen jedoch des deutschen Reiches der Kriegsteilnehmer sind und bleiben, die die notwendige Verteilung der eingezogenen Spenden übernehmen sollen; auch ist, soweit es möglich, eine Anleihe von Geldern zur Beschaffung von Bädern für die kriegsunfähigen Krieger beabsichtigt. Die Hauptamtsstelle für Gelder ist bei der Deutschen Post, Depositenkasse H, Berlin SW. 19, Straßburgerstraße 23/25. Persönlich und in Briefen sind nur an die obgenannte Geschäftsstelle zu richten. Geschäftsleiter: Dr. Generalleutnant z. D. Freiherr v. Steiner.

Verband erzwingen können. Inzwischen sind die Verhältnisse nun ja so außergewöhnlich, daß man annahm, man könne möglicherweise auf diesem Wege doch noch etwas erreichen. Aus der Antwort, die wir vom Unternehmerverband erhielten, wird man jedoch sehen, daß diese Annahme irrtümlich war. Das Blatt drückt dann die Antwort des Unternehmerverbandes ab. Dessen Vorstand erklärt, daß er sich nicht veranlaßt sehe, seinen Mitgliedern die Gewährung einer allgemeinen Lohnerhöhung vorzuschlagen.

Diese Antwort wird unsere norwegischen Kollegen natürlich nicht befriedigen. Selbstverständlich ist sie nur zum Teil stichhaltig. Unter anderem hat eine große Schiffsverft geglaubt, jetzt den Vertrag brechen zu können. Unser dänisches Arbeiterblatt schließt seine Mitteilungen mit folgender Bemerkung:

Es ist zwar nicht denkbar, daß die Unternehmer im Gegensatz zu der wenig verständnisvollen Haltung ihres Verbandes zu dieser Sache es auf die Dauer für lohnend halten werden, daß die wirtschaftliche Lage ihrer Arbeiter beständig zurückgeht. Ein Arbeiter, der stets von Nahrungsmitteln bedrückt wird, wird sich aber kaum als ein solcher erweisen, mit dem es sich zu arbeiten lohnt.

Großbritannien.

Kriegsrecht für Industriearbeiter. Hunderttausende von britischen Proletariern sind mehr oder weniger freiwillig dem Ruf des Arbeitgebers zur Fahne gefolgt, von der Verzeitszeit allein 217.000, von den Eisenbahnen 72.000. Sie haben die Muskeln aus Furcht, aus Haß gegen das „preussische System“ geschultert. Für sie mag es als ausgemachte Sache gelten, daß dieser fürchterliche Krieg letzten Endes geführt wird, die Welt vor der „Verpreußung“ zu bewahren. Was darunter eigentlich verstanden wird, ist schwer zu sagen.

Während nun aber die britischen Proletarier in Flandern und anderswo gegen dieses „preussische System“ kämpfen, ist bei ihnen daheim eine Bewegung im Gange, das Kriegsrecht auf die für den Staat tätigen Industrien auszuweiten, also — um einen englischen Ausdruck zu gebrauchen — die „Industrie zu verpreußen“. Zu einer solchen Weigerung kann eben nur die britische Unwissenheit kommen, denn das Kriegsrecht für Arbeiter ist selbst in dem so verschrieenen Preußen unbekannt. Doch das nur nebenbei.

Das Streben nach Ausdehnung des Kriegsrechtes auf die für den Staat tätigen Arbeiter geht von dem hinter der Times stehenden sehr einflussreichen Kreise von Großindustriellen und politischen Drahtziehern aus. Am 31. Mai ließ sich das konservative Cityblatt wie folgt vernehmen:

Der Grundgedanke der persönlichen, disziplinierten und zwingenden Dienstpflicht ist in der Fabrik in noch höherem Maße notwendig als in der Armee. ... Wir müssen mit den Streitkräften, die ihre Werkzeuge niederlegen, ebenso streng verfahren wie mit den Soldaten, die vor dem Feinde fliehen. Nur dadurch, daß der Grundgedanke der persönlichen Verpflichtung, dem Staate zu dienen, auf alle angewendet wird, können wir die Macht erhalten, die Arbeit daheim ebenso zu disziplinieren wie die Arbeit im Felde.

In der gleichen Ausgabe läßt die Times ihren „Coal Exporter“, der sich darüber aufregt, daß Kaiser Vergleiche auch dieses Jahr ihre drei Pfingstfeiertage eingehalten haben, sagen:

Sie sind nicht so unerträglich, warum nicht schon vor vielen Monaten die zwingende Dienstpflicht eingeführt und das Kriegsrecht auf alle Arbeiter ausgedehnt wurde, die mit der Arbeit für den Staat auf irgendeine Weise verknüpft sind.

Damit ist nun der Wunschzettel der Times noch nicht erschöpft. Zumerst hätte man annehmen können, ihr Verlangen nach „Verpreußung der Industrie“ werde von dem tiefen patriotischen Drange getrieben, die Regierung zu befähigen, die „Verpreußung der Welt“ durch Befiegung Deutschlands zu verhindern, hätte sie nicht auch gleich noch einen andern Wunsch verlesen lassen:

Die Zahlung von den schon im Kriegsjahre eingezogenen Kriegsgeldern sollte ungezüglich gemacht werden und die diejenigen, die sie fordern, sollten, wenn sie dienstfähig sind, vorgemerkt und mit dem ersten Hauje (ins Feld) geschickt werden.

Denklicher kann man nicht reden. Die Arbeiter tun ihr Möglichstes, Unternehmer wie Regierung unterstützen, die Lebensmittel sind 25 und mehr Hunderteile im Preise gestiegen, aus der Not des Vaterlandes wie aus der Preissteigerung schlägt das Großkapital millionenfachen Gewinn, und damit dieser erhalten und noch weiter ungehindert gesteigert werden kann, wird die Ausdehnung des Kriegsrechtes auf die Industrie und das Abschlecken der Lohnerhöhung verhängen über Arbeiter an die Fesseln gebunden.

Die Ansicht auf Erfüllung dieser großkapitalistischen Wünsche hat sich mit der Umwandlung des liberalen Parteiministeriums in eine Koalitionsregierung sehr gebessert. Am 4. Juni wußte die liberale Daily News zu melden, daß die neuen konservativen Minister des Kabinetts drängen, eine Anzahl gesetzlich festgesetzter Verordnungen auszugeben und auch die für den Staat arbeitenden Subjekte sowie die Eisenbahnen und Bergwerke unter Kriegsrecht zu stellen. Die vorbereitende Maßnahme, das Kriegsrecht in die Verfassung einzuführen, werde wohl die Anfertigung eines Gesetzes in diesen Zweigen befähigen oder für den Militärminister getragene Vorarbeiten sein.

Da das Koalitionsministerium von konservativem Geiste beherrscht und durch den Eintritt von einem Arbeiterpartei und den Konservativen in die Regierung die Opposition ausgeschaltet ist, kann kaum an der „Verpreußung der Industrie“ gezwinkt werden. Die Regierung hat einige Gesetzesentwürfe vorgelegt, wie das Kriegsrecht für die Industrie von ihrer Seite angenommen werden würde. Seit Antwerpen zeigen, daß dieser Plan selbst den kriegsunfähigen Industriearbeitern zu weit geht. Einer von ihnen meinte, die britischen Arbeiter seien nicht geneigt, sich disziplinieren, reglementieren und militarisieren zu lassen; ein anderer prophezeite, die Ausdehnung des Kriegsrechtes auf die Industriearbeiter hieße der Welt Laster (to raise hell); bezüglich der Aushebung gewerkschaftlicher Organisationen sei es besser, sie dem freien Einfluß der aus dem Unternehmertum und Gewerkschaften gebildeten Koalitionen zu überlassen. Aber gerade dieses wollen die kapitalistischen Kreise, denn durch die Umwandlung der Regierung eine noch goldenerer Gesetzgebung ermöglicht werden, nichts lassen. Die Gewerkschaften aber sind, wie ihre Kampfergebnisse in der Presse zeigen, entschlossen, sich der Einprägung des „preussischen Systems“ zu widersetzen. So kann es leicht kommen, daß die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter, die durch das Koalitionsministerium geschaffen sein sollte, mit einem Schlag in die Luft gesprengt werden könnte.

Eingegangene Druckchriften.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

25 Jahre Korbmacher-Organisation. Ein Beitrag zur Korbmacherbewegung auf zentraler Grundlage in den Jahren 1889 bis 1914. Herausgegeben von der Zentralkommission der deutschen Korbmacher. Berlin 1915. Verlagsanstalt des Deutschen Korbmacher-Verbandes G. m. b. H. 80 Seiten. Preis 1 M.

Germanen Wandel, Mitglied des Reichstags: Weltkrieg und Sozialdemokratie. Eine Rede an die Freiburger Wähler am 5. Mai 1915. Druck und Verlag von Raden & Comp., Dresden-N. 32 Seiten. Preis 30 Pf.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ e. G. m. b. H., Hamburg. 1914. Geschäftsbericht über das 16. Geschäftsjahr mit den Berichten der Handelsgesellschaft „Produktion“ m. b. H. in Hamburg und der Bau- und Grundstückerwerb-Gesellschaft „Produktion“ m. b. H. in Altona. 80 Seiten.

Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren. Ein Beitrag zur Soziologie des Weltkrieges und Weltfriedens von Rudolf Goldscheid. Zweite Auflage. Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky, Wien-Leipzig 1915. 71 Seiten.

Franzenfrage und Volkswirtschaft. Von Rudolf Goldscheid. Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky, Wien-Leipzig. 32 Seiten. Preis 50 Pf.

Unsere Fachschulen. Adressbuch der Hoch- und Fachschulen für Technik, Kunst, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe in Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz. Herausgegeben von der Redaktion der Technischen Monatshefte. Verlag der Französischen Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. 61 Seiten. Preis gebunden 1 M., gebunden 1,80 M. — Was soll der Junge werden? Welche Schule er besuchen? Bei der Beantwortung dieser Fragen Eltern, Lehrern und Erziehern zu helfen, das ist der Zweck, den die Französischen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart mit der Herausgabe des Adressbuches erreichen will. In gedrängter Form gibt das Büchlein Aufschluß über die verschiedenartigen technischen Schulen. Von der Technischen Hochschule und Kunstakademie bis zu den einfachsten gewerblichen Fachschulen führt das Büchlein durch die Lehrpläne dieser Schulen, ihre Aufnahmebedingungen, die Kosten und die Berechtigung der Schulen. Das Adressbuch ist sehr zweckmäßig angelegt, so daß das Auffuchen der Schulen sehr leicht ist, ein Teil enthält die Schulen nach dem Anfangsbuchstaben ihres Standortes geordnet und im andern Teil sind die Schulen nach den Fächern geordnet, jeweils mit Angabe, in welchen Städten sich die Schule befindet. Bei der Frage der Berufswahl wird das Büchlein große Dienste leisten.

Kotgemüse. Ueber 50 wildwachsende Kräuter, Früchte und Wurzel, zusammengefaßt und mit einem Hinweis auf ihre Verwendbarkeit als Nahrungsmittel und ihre Zubereitung als Gemüse, Salat usw. versehen, von Dr. Fr. Wolf. (Stuttgarter Kriegsbücherbogen Nr. 7.) 1 Tafel und 16 Seiten Text. Französischer Verlagsbuchhandlung Stuttgart. Preis 25 Pf. — Jetzt baut man zwar viel mehr Gemüse in Deutschland als früher, aber, so sehr dies auch im Hinblick auf die während des Krieges zum großen Teil fehlende Einfuhr zu begrüßen ist, so ist doch möglich, daß dieses Gartengemüse zu Preisen verkauft wird, die der Mehrzahl der Bevölkerung unerschwinglich sind. Deswegen kann eine so billige kleine Beilage über wildwachsende essbare Pflanzen gute Dienste tun.

Der Mensch der Zukunft. Von Wilhelm Bölsche. Mit einem farbigen Umkleebild und Zierleisten nach Zeichnungen von Willy Wlad. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Geschäftsstelle: Französischer Verlagsbuchhandlung, 1915. 90 Seiten. Preis gebunden 1 M. — In dieser Schrift tritt Bölsche den weitverbreiteten Ansichten von einem — wenn auch erst in fernen Zeiten bevorstehenden — Weltuntergang, von „Verpreußung“ der Erde, Entartung der Menschheit usw. entgegen. In den letzten Abschnitten ergreift er sich in vorläufigen Mutmaßungen über die Weiterentwicklung der Menschheit. Wer in dieser Zeit eine kleine Weile seine Gedanken vom allgemeinen Völkermord ablenken und seinen Glauben an die Zukunft auffrischen möchte, der greife zu diesem Büchlein.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. Samstag, 19. Juni: Posen (Seizungsmont.) Jaroski, 8 Uhr. Samstag, 26. Juni: Augsburg. Gesellschaftsbrauerei 8. Pörschberg, Herzog Christian, halbes 9. Pörschberg, 1. 7. Pörschberg, halbes 9. Sonntag, 27. Juni: Gelsenkirchen. Duer. Wrebenbrock, 3/4. Gansover (Seizungsm.) Gewerksch., 10. Pörschberg - Frankleben - Kana. Gashof Rayna, nachm. 4 Uhr. Dienstag, 29. Juni: Gansover (Seizungsm.) Gewerksch., 1/2. Betanunahmen der Ortsverwaltungen u. dergl. Pörschberg. Samstags ist das Bureau von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geschlossen.

Sonstige Anzeigen.

- Mehrere Metallformer sofort gesucht. K. Schaffstättel, G. m. b. H., Gießen. 1915. Reparaturenlocher, bewandert in Installation von Maschinen u. sonstigen Betriebsanlagen, findet sofort dauernde, gutbezahlte Stellung. Ausführliche Angebote an Pörschberg-Industrie-Aktiengesellschaft Pörschberg, Anna i. Th. 2583 Zwei tüchtige Feilenstecher, welche selbständig arbeiten können, werden sofort gesucht. Gehobene Stellen 25 Pf. St. Schaffstättel, G. m. b. H., Gießen. 1915. Rüdow, Seitz, Weg, Halle a. S. Gesucht auf sofort mehrere (2551) Maschinenbauer u. Schleifer gegen hohen Lohn und dauernde Arbeit gesucht. Rüdow, Seitz, Weg, Halle a. S. Selbst. Waagenmonteure und jüngere Waagenmacher sofort gegen hohen Lohn gesucht. Hagener Waagenfabrik, Paul Friedberg, Sagen i. W. Zum baldigen Eintritt tüchtige, mittel- bis hochbezahlte Stahldrahtmacher, welche sich über mehrjährige Tätigkeit ausweisen können, gegen hohen Lohn gesucht. Angebote an Gerhard Köster, Drahtwerk, Offen a. Ruhr. Tüchtige Goldschlägergehilfen hätten Gelegenheit, bei hohem Lohn mit Sezer und Lehrlingen (Sollone) Beschäftigung zu finden u. werden sofort angenommen. Adr. u. E. H. unt. R. 3. 1011 an Rudolf Hoffe, Nürnberg. 1915. Tüchtige gelehrte Dreher, Kontrollanten, Rundschleifer, Feiler, Reparaturenlocher für Werkzeugmaschinen und Automobile sofort gegen hohen Lohn und dauernde Arbeit gesucht. Rüdow, Seitz, Weg, Halle a. S. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rößlestraße 16 B.